

Globalisierung: Wirtschaftskulturen – stabile Vielfalt	2
Energieversorgung: Strompreis – Marktversagen trifft Arme	3
Altersvorsorge: Riester-Rente ist gescheitert	4
Altersarmut: Bereits heute Realität	6
USA: Gewerkschaften stärken Gesetzestreue	6
Verbraucherrechte: Transparenz für fairen Konsum	7
TrendTableau	8

GENDER

Führungskräfte brauchen Zeit für Familie

In Führungspositionen sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Und wenn sie es in die Top-Etage schaffen, übernehmen weibliche Führungskräfte immer noch mehr häusliche Pflichten als ihre männlichen Kollegen.

Die Zahlen sind ernüchternd: 2011 verharrte laut Führungskräfte-Monitor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) der Frauenanteil in den Vorständen der 200 größten deutschen Unternehmen bei drei Prozent.* Auf den unteren und mittleren Leitungsebenen sehen die DIW-Forscherinnen allerdings Fortschritte: Insgesamt stieg der Anteil der weiblichen Kräfte in den vergangenen zehn Jahren von 22 auf 30 Prozent.

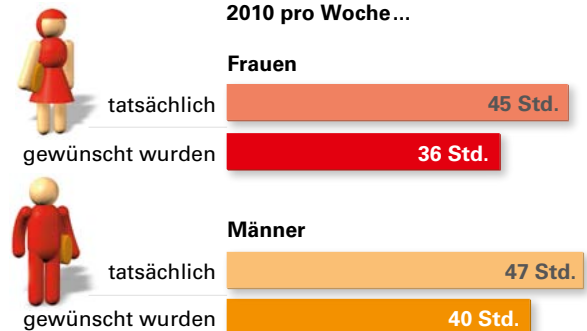
„Wirtschaft und Politik sind sich einig, dass der Anteil von Frauen in Führungspositionen erhöht werden soll“, so die Autorinnen. Über Weg, Ausmaß und Tempo bestünden jedoch deutlich unterschiedliche Auffassungen. Das DIW Berlin hat deshalb Daten zur Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern in Führungspositionen auch außerhalb des Arbeitsmarktes zusammengestellt. Sie sollen dabei helfen, Ansatzpunkte für bessere Chancen von Frauen auf Führungspositionen zu identifizieren.

Auf Basis der Zahlen des Sozio-oekonomischen Panels stellen die Wissenschaftlerinnen fest, dass Führungskräfte sich in vielem ähneln: Rund zwei Drittel aller Männer und Frauen haben einen **Hochschulabschluss**, auch ihre Eltern sind oft gut ausgebildet. Sie leben ungefähr gleich häufig in **Partnerschaften** – Führungsfrauen allerdings öfter ohne Trauschein. Führungspositionen bedeuten für beide Geschlechter meist sehr lange **Wochenarbeitszeiten**, was Männer wie Frauen oft gerne ändern würden. Teilzeitarbeit kommt insbesondere in höheren Führungsetagen kaum vor.

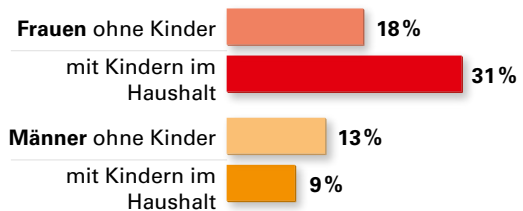
Markante Unterschiede zeigen sich bei der Verteilung der häuslichen Pflichten, wenn Führungskräfte in Partnerschaften leben. Frauen in Führungspositionen übernehmen im Schnitt knapp 60 Prozent der **Hausarbeit**, Männer nicht ganz 20 Prozent. Hoch qualifizierte Frauen hätten eher Partner auf einer ähnlichen Karrierestufe, männliche Führungskräfte hingegen seien offenbar häufig mit Frauen verheiratet, die über eine geringere Qualifikation verfügen, kommentieren die Forscherinnen ihre Ergebnisse. Bei der **Kinderbetreuung** bleiben die Rollen traditionell verteilt. Frauen in Führungspositionen verbringen weitaus mehr Zeit mit ihren Kindern; an den be-

Managerinnen: Zu Hause belastet

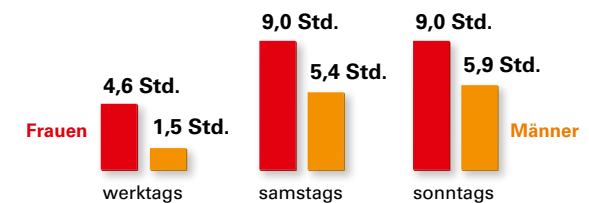
Führungskräfte in der Privatwirtschaft arbeiteten 2010 pro Woche...



Eine Haushaltshilfe beschäftigen ...



Im Schnitt kümmerten sich Führungskräfte 2009 um die Kinderbetreuung*...



* wenn Kinder vorhanden; Quelle: DIW Berlin 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

reits mit Berufsarbeit weitgehend ausgefüllten Werktagen im Durchschnitt 4,6 Stunden. Männer haben dann lediglich 1,5 Stunden Zeit für den Nachwuchs. ◀

* Quelle: Elke Holst, Anne Busch, Lea Kröger: Führungskräfte-Monitor 2012: Update 2001–2010, DIW Berlin: Politikberatung kompakt 65, Berlin, August 2012
Download und Quelldetails: www.boecklerimpuls.de

Wirtschaftskulturen: Stabile Vielfalt

Trotz globalisierter Märkte gibt es nach wie vor unterschiedliche nationale Wirtschaftskulturen. Das hat gute Gründe: Spezifische Institutionen, beispielsweise die Mitbestimmung, können ein wichtiger Wettbewerbsvorteil sein.

ganz unterschiedlichen Teilmärkten reüssieren und dazu auf divergente soziale Systeme der Produktion zurückgreifen.“

Deutschland steht Abelshäuser zufolge prototypisch für den „Rheinischen Kapitalismus“. Mitbestimmung, regionale Netzwerke von Familienunternehmen, hohe Sparquoten und „geduldiges“ Kapital ermöglichten langfristige unternehmerische Zeithorizonte. Das begünstigte insbesondere diversifizierte Qualitätsproduktion, die auf hoch entwickelten, aber etablierten Technologien basiert. Beispiele hierfür sind der Fahrzeugbau, die Chemie oder der Maschinenbau.

Japans Wirtschaftskultur sei maßgeblich geprägt durch „Keiretsu“: ursprünglich familiär organisierte Unternehmensbündnisse, die sich um

eine Hausbank gruppieren und miteinander eng verflochten sind. Stabile Geschäftsbeziehungen und die lebenslange Zugehörigkeit von Angestellten zu ihrem Unternehmen seien Teil dieses Modells. Wie in Deutschland verfügten die Unternehmen über eine langfristige Perspektive.

Chinas institutionelle Landschaft ist laut Abelshäusers Analyse stark fragmentiert. Weit verbreitet seien neben staatlichen Großbetrieben kleine und familienkontrollierte Unternehmen. Diese hätten vor allem in arbeitsintensiven und raschen Schwankungen unterworfenen Branchen wie der Textilproduktion Wettbewerbsvorteile. Ansonsten dominiere China die Märkte für standardisierte Massenprodukte wie beispielsweise Computerteile.

Die **USA** schließlich sind dem Autor zufolge traditionell dem „Fordismus“ verpflichtet. Mangel an Breitenqualifikation kompensiere das fordistische Produktionsmodell durch Einsatz von Spitzenqualifikation. Mittlerweile hätten die Amerikaner diesen Ansatz von der Industrie auf den Dienstleistungssektor übertragen und beherrschten die globalen Servicemärkte, etwa durch standardisierte Hotel- und Restaurantketten. Darüber hinaus gehöre die Spitzentechnologie zu ihren Domänen.

Dass die Globalisierung zu einer homogenen Kultur der Weltwirtschaft führen könnte, hält Abelshäuser für unwahrscheinlich. Institutionelle Wettbewerbsvorteile seien historisch gewachsen und kurzfristig kaum aufzuholen. Statt Institutionen erfolgreicher Konkurrenten nachzuahmen, empfiehlt der Wirtschaftshistoriker daher, sich auf die eigenen spezifischen Stärken zu besinnen: „Eine Globalisierungsstrategie wird umso erfolgreicher sein, je stärker sie in makroökonomischer Perspektive das eigene soziale System der Produktion als Ressource nutzen kann und auf mikroökonomischer Ebene die eigene Unternehmenskultur.“ ◀

Dass die Globalisierung zu einer homogenen Kultur der Weltwirtschaft führen könnte, hält Abelshäuser für unwahrscheinlich. Institutionelle Wettbewerbsvorteile seien historisch gewachsen und kurzfristig kaum aufzuholen. Statt Institutionen erfolgreicher Konkurrenten nachzuahmen, empfiehlt der Wirtschaftshistoriker daher, sich auf die eigenen spezifischen Stärken zu besinnen: „Eine Globalisierungsstrategie wird umso erfolgreicher sein, je stärker sie in makroökonomischer Perspektive das eigene soziale System der Produktion als Ressource nutzen kann und auf mikroökonomischer Ebene die eigene Unternehmenskultur.“ ◀

Wirtschaftskulturen im Vergleich

	USA	Deutschland	Japan	China
Unternehmerischer Horizont	kurzfristig	langfristig	langfristig	kurzfristig
Marktkoordination	einzelwirtschaftlich	Korporationen und Verbände	große Finanzgruppen	Familien und Staat
Finanzierung	Risikokapital	„geduldiges“ Kapital	„geduldiges“ Kapital	Staatskapital
Sparquote	sehr niedrig	hoch	sehr hoch	sehr hoch
kulturelle Ausstrahlung	weltweit	Skandinavien, Benelux, Frankreich, Norditalien	Korea	Taiwan, Singapur, Malaysia

Quelle: Abelshäuser 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Turnschuhe aus China, japanische Autos und Tomaten aus Holland: Verbraucher sind es heutzutage gewöhnt, zwischen Gütern aus der ganzen Welt auszuwählen. Doch warum werden Waren, die sich auch im eigenen Land herstellen ließen, überhaupt zwischen Staaten getauscht? Und was macht die einen zu Exporteuren, die anderen zu Importeuren bestimmter Produkte? Für viele Ökonomen stand lange Zeit fest: Außenhandel beruht im Wesentlichen auf Unterschieden in den Arbeitskosten. Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser, Professor an der Universität Bielefeld, hält diese Auffassung für überholt.*

Dass Arbeitskosten beim Außenhandel nicht mehr die entscheidende Größe darstellen, erklärt Abelshäuser mit den komplexen Produktionsbedingungen des nachindustriellen Zeitalters: Um auf dem Weltmarkt bestehen zu können, sei heute vor allem die Fähigkeit zu Kooperation und organisatorischer Innovation gefragt. Dafür sei soziales Vertrauen unerlässlich. Soziales Vertrauen wiederum setze gemeinsame Wertvorstellungen der wirtschaftlichen Akteure und funktionierende Institutionen voraus. Insofern komme der Wirtschaftskultur eine Schlüsselrolle zu. Die „historisch gewachsene institutionelle Landschaft“ ihres Produktionssystems ver helfe Staaten zu spezifischen Wettbewerbsvorteilen. Abelshäuser hat analysiert, in welchen Bereichen des Weltmarktes wichtige Exportnationen erfolgreich sind. Seine Beobachtung: „Es ist sicher kein Zufall, dass die mit Abstand führenden Handelsnationen schwerpunktmäßig auf

* Quelle: Werner Abelshäuser: Ricardo neu gedacht – Komparative institutionelle Vorteile von Wirtschaftskulturen, in: Kulturen der Weltwirtschaft, Göttingen 2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Strompreis: Marktversagen trifft Arme

Die Strompreise eilen der allgemeinen Inflation seit Jahren voraus – auch ohne Energiewende. Das trifft besonders Hartz-IV-Haushalte und ist die Folge einer gescheiterten Liberalisierungsstrategie.

Wenige große Anbieter beherrschen den Strommarkt, der Wettbewerb hält sich in Grenzen. So steigt der Strompreis für Privathaushalte deutlich schneller als andere Preise. In der jüngsten Vergangenheit gab es zu Jahresanfang meist einen kräftigen Sprung nach oben, hat Rudolf Martens beobachtet. Der Leiter der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbands macht darauf aufmerksam, dass dies „insbesondere Niedrigeinkommensbezieher“ und Haushalte trifft, „die Regelsatzleistungen erhalten“, also von Grundsicherung oder Sozialhilfe leben müssen. Nach Martens' Kalkulation haben höhere Stromrechnungen etwa die Hälfte der Regelsatzerhöhung von 2011 „aufgefressen“.* Um Preissteigerungen bei allen übrigen Gütern und Dienstleistungen auszugleichen, bleiben Hartz-IV-Empfängern und allen anderen Empfängern von Regelsatz-Leistungen damit gerade einmal fünf Euro.

Weil die überproportionalen Strompreiserhöhungen bei der Anpassung der Regelsätze nicht zeitnah berücksichtigt werden, fehlen den Haushalten je nach Größe und Zusammensetzung zwischen 60 und 160 Euro im Jahr, hat Martens ausgerechnet: „Diese Differenz können sie nur ausgleichen, indem sie bei anderen Ausgabenpositionen weniger ausgeben, als ihnen zur Existenzsicherung zugestanden wird.“ Und auch kleinere Beträge spielen für Haushalte, die am Existenzminimum leben, eine wichtige Rolle – was sich daran zeigt, dass nach Martens' Schätzungen im vergangenen Jahr bundesweit rund 200.000 Hartz-IV-Haushalten der Strom abgestellt wurde.

Selbst wenn man die jüngsten Preissteigerungen außen vor lässt und mit dem Strompreis von 2008 rechnet, dem Jahr, aus dem auch die statistische Grundlage zur Ermittlung des Regelsatzes stammt, wird Martens zufolge deutlich: **Hartz-IV- und alle weiteren Regelsatz-Empfänger bekommen unrealistisch wenig Geld für Strom.** Gemessen am Durchschnittsverbrauch des jeweiligen Haushaltstyps müssten Paarhaushalte, die Grundsicherung beziehen, etwa 20 Prozent weniger Strom verbrauchen, damit der im Regelsatz vorgesehene Betrag ausreicht. Strom zu sparen sei aber gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen schwierig, betont der Wissenschaftler. Denn ihnen fehlen die Mittel, um neue, energieeffiziente Geräte zu kaufen.

Warum die Strompreise seit 2001, also lange vor der Energiewende, überhaupt so stark zugelegt haben, haben Heinz Bontrup und Ralf Marquardt vom Energieinstitut an der Westfälischen Hochschule in Recklinghausen untersucht. In einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung stellen die Wirtschaftswissenschaftler fest, dass der teure Strom nicht in erster Linie auf verteuerte Energieträger zurückzuführen sei und erst recht nicht durch Lohnsteigerungen in der Energiebran-

che erklärt werden könne. Denn dann hätten die jährlichen Gewinne der Stromindustrie von 2001 bis 2008 nicht von 4 auf 21 Milliarden Euro steigen können.

Dass die Konzerne so hohe und zumeist nicht einmal für Sachinvestitionen genutzte Gewinne einfahren konnten, liegt den Energie-Experten zufolge an schwerwiegenden politischen Fehlern bei der Liberalisierung der Stromwirt-

Stromkosten reißen Loch in Haushaltskasse

Je nach Größe fehlt Hartz-IV-Haushalten im Jahr 2012 so viel Geld für Strom* ...

Ein-Personen-Haushalt	58 €
Alleinerziehend mit Kind unter 6 Jahren	69 €
Paarhaushalt	99 €
Paarhaushalt mit Kind unter 6 Jahren	113 €
Paarhaushalt mit 2 Kindern, Alter 5 und 10 Jahre	134 €
Paarhaushalt mit 3 Kindern, Alter 5, 10 und 15 Jahre	161 €

* Differenz zwischen tatsächlichen und im Regelsatz angesetzten Kosten; Preissteigerungen bis April 2012 berücksichtigt
Quelle: Martens 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

schaft: „Deutschland öffnete als eines der ersten EU-Länder die Energiemärkte, beschritt dabei aber den ‚deutschen Sonderweg‘, indem es lange Zeit als einziges Land auf eine Regulierungsbehörde verzichtete.“ Stattdessen habe die Politik auf „Selbstregulierung“ gesetzt und den Big Four E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW damit Gelegenheit gegeben, ihre Marktmacht auszubauen.

Nach verschiedenen Anläufen, die ursprünglichen Fehler zu korrigieren, existiert zur Bekämpfung des Marktversagens heute ein komplexes Regulierungssystem, das mit den ursprünglich angestrebten „marktwirtschaftlichen Regelmechanismen nur noch wenig gemein hat“, konstatieren Bontrup und Marquardt. Auf der Ebene der Stadtwerke sei in jüngster Zeit eine Tendenz zur Rekommunalisierung auszumachen, in der sich der Wunsch der Bürger nach mehr Einfluss auf die Erzeugung lebenswichtiger Basisgüter wie Strom ausdrücke. Die Forscher plädieren dafür, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. Für die Bewältigung der Energiewende müsse ein Modell gefunden werden, das besser funktioniere als die gescheiterte Deregulierung. Mitarbeiter, Verbraucher- und Umweltverbände sollten dabei mehr Mitspracherechte bekommen, so die Energie-Experten. ◀

* Quellen: Rudolf Martens: Entwicklung der Strompreise und der Stromkosten im Regelsatz, in: Soziale Sicherheit 6/2012; Heinz-J. Bontrup, Ralf-M. Marquardt: Chancen und Risiken der Energiewende, Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung 252, März 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Riester-Rente ist gescheitert

Ohne Reformen, die das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung wieder stärken, drohen vielen Arbeitnehmern Rentenlücken und Altersarmut, so das IMK.

Die teilweise Umstellung der Alterssicherung in Deutschland auf Kapitaldeckung hat sich „als Fehlentscheidung erwiesen“. Daran haben die IMK-Experten Rudolf Zwiener und Katja Rietzler keinen Zweifel mehr. Gemeinsam mit den Berliner Wirtschaftswissenschaftlern Professorin Heike Joeßges und Volker Meinhardt haben sie ein gutes Jahrzehnt Erfahrung mit der Riester-Rente aufgearbeitet, dabei hat das Autorenquartett auf eigene Studien und die Forschungsliteratur zurückgegriffen. Bleiben die Rentenreformen von 2001 und 2004 unverändert in Kraft, „werden erhebliche Teile

gesenkt und die Formel zur Rentenberechnung geändert. Die Folgen dieser Modifikationen zeigt der Daten-Überblick der Forscher: Das Versorgungsniveau, das die gesetzliche Rentenversicherung Beschäftigten mit durchschnittlichem oder niedrigem Einkommen bietet, liegt in Deutschland deutlich unter dem Niveau der obligatorischen Rentensysteme in anderen OECD-Ländern. So beträgt die Brutto-Ersatzrate, welche die OECD für internationale Vergleiche berechnet, bei deutschen Normalverdienern derzeit lediglich 42 Prozent des durchschnittlichen Verdienstes. Im OECD-Mittel erreichen vergleichbare Versicherte hingegen eine Ersatzrate von gut 57 Prozent. Beim Alterssicherungsniveau von Geringverdienern rangiert Deutschland unter den 34 OECD-Mitgliedern sogar an letzter Stelle.

Nach den bisherigen Weichenstellungen der Rentenpolitik soll das Rentenniveau weiter deutlich sinken, brutto und netto. So lag das Brutto-Rentenniveau 2003 bei 48 Prozent. Nach Berechnungen des Sachverständigenrates wird es bis 2030 selbst für einen Standardrentner mit 45 Versicherungsjahren auf nur noch rund 40 Prozent sinken. Das entspricht – kaufkraftbereinigt bei konstanten Löhnen – einer Reduzierung der Durchschnittsrente für langjährig versicherte Männer um knapp 200 Euro auf nur noch 973 Euro im Jahr 2030. Das Nettorentenniveau – nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge, vor Steuern – beträgt derzeit 50,4 Prozent. Nach amtlichen Schätzungen sinkt es bis zum Jahr 2025 auf 46,2 Prozent und soll bis 2030 nicht unter 43 Prozent fallen.

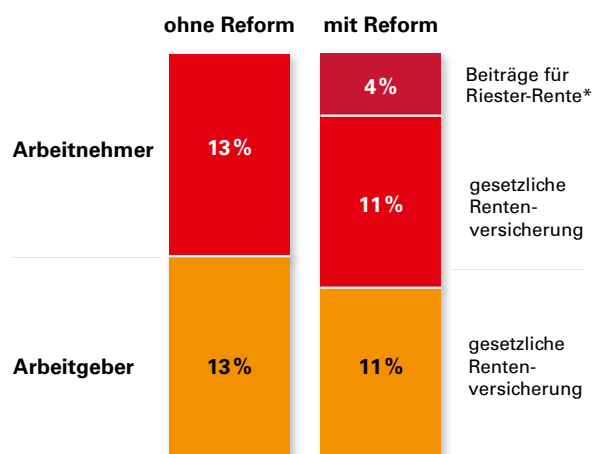
Das niedrige Rentenniveau stelle ein besonders großes Problem dar, weil parallel zu den Rentenreformen der Niedriglohnsektor in Deutschland deutlich wuchs, betonen die Forscher – auch durch die Arbeitsmarktreformen der 2000er-Jahre. Zudem erlebten mehr Menschen Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiografien, insbesondere in Ostdeutschland. „Altersarmut ist damit in Deutschland vorprogrammiert“, schreiben die Wissenschaftler. Zwar sollte das geringere Rentenniveau theoretisch durch staatlich geförderte, selbst finanzierte Altersvorsorge ausgeglichen werden – etwa durch ein Riester-Rentenprodukt. In der Praxis gelinge das aber nur selten.

Hohe Belastung, mäßige Beteiligung. Mit Einführung der kapitalgedeckten Zusatzvorsorge steigen nach den Berechnungen der Wissenschaftler die finanziellen Aufwendungen markant, die Arbeitnehmer für die Altersvorsorge tragen sollen. Denn Riester-Sparer erhalten zwar einen moderaten staatlichen Zuschuss. Anders als im gesetzlichen Alterssicherungssystem leisten die Arbeitgeber aber keinen Beitrag. So müssen Beschäftigte längerfristig 15 Prozent ihres Bruttoeinkommens für ihre Altersvorsorge aufwenden: 11 Prozent als hälftigen Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung und 4 Prozent für die private Vorsorge. Ohne Riester-Reform wäre der Beitragssatz nach wissenschaftlichen Prognosen bis 2030 auf rund 26 Prozent gestiegen. Die – hälftige – Belastung für die Arbeitnehmer läge also bei nur 13 Prozent.

Auch wenn die Datenlage bislang schwach sei, deute viel darauf hin, dass vor allem Durchschnitts- und Geringver-

Belastung für Arbeitnehmer steigt

Um das Rentenniveau bis 2030 auf dem Stand von 2000 zu halten, sind Versicherungsbeiträge von 26% nötig – davon zahlen...



* maximaler Förderungsbetrag; Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

der Erwerbsbevölkerung in Altersarmut gleiten“, warnen die Wissenschaftler in einer neuen Studie.* Es sei daher höchste Zeit, den Riester-Faktor rasch aus der Rentenformel zu nehmen und das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung mittelfristig an den – deutlich höheren – Durchschnitt der OECD-Länder anzupassen. „Das gesetzliche Rentensystem muss wieder zu einer Lebensstandardsicherung zurückfinden mit einer paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber“, schreiben die Experten. Damit stehe auch die staatliche Förderung kapitalgedeckter Vorsorgeformen zur Disposition. Statt „dieser allgemeinen Subventionierung“ sollten gezielt die Renten von Geringverdienern und Personen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien steuerfinanziert aufgestockt werden. Das aktuelle Alterssicherungssystem habe so große Schwachstellen, dass seine Legitimation zunehmend in Gefahr gerate.

Rentenniveau weit unter OECD-Durchschnitt. Erklärtes Ziel der Rentenreformen zwischen 2001 und 2004 war es, die Beitragssätze zur Rentenversicherung bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen zu lassen. Dazu wurden das Rentenniveau

dienen den zusätzlichen Aufwand scheuten, resümieren die Forscher – obwohl gerade ihnen Altersarmut droht. So hätten nicht einmal 50 Prozent der Berechtigten für einen Riester-Zuschuss bislang einen Vorsorgevertrag abgeschlossen. Bei Menschen mit Brüchen im Erwerbsverlauf liege die Quote noch niedriger. Und selbst unter den Riester-Sparern lege nur ein Teil wirklich zusätzliches Geld fürs Alter zurück. Gerade unter Normal- und Geringverdienern seien oft bloße Umschichtungen und Mitnahmeeffekte zu beobachten: Bereits bestehende Sparformen werden aufgelöst zugunsten von Anlagen, für die es die staatliche Förderung gibt.

Schwächung der Binnennachfrage. Arbeitnehmer, die nicht zusätzlich vorsorgen, „würden voll von den Rentenniveaукürzungen getroffen“, schreiben die Wissenschaftler. Doch auch Vorsorgesparer gerieten in ein – unbewusstes – Dilemma: Da ihre zusätzlichen Sparanstrengungen auf Kos-

Lebens- und Rentenversicherungen ein deutlicher Renditerückgang zu beobachten. Bei Riester-Rentenverträgen sank der Garantiezins zwischen 2002 und 2012 von 3,25 auf 1,75 Prozent. Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) gelangte zu dem Ergebnis, dass bei 2011 neu abgeschlossenen Verträgen die Versicherten mindestens 87 Jahre alt werden müssten, um wenigstens ihre eigenen Einzahlungen und die staatlichen Zulagen wieder ausgezahlt zu bekommen – ohne jegliche Rendite. Hinzu komme, dass Risiken wie Erwerbsunfähigkeit, die früher über die gesetzliche Rentenversicherung abgesichert waren, nun zusätzlich versichert werden müssten.

Auch eine höhere Nachhaltigkeit der Kapitaldeckung sei empirisch nicht zu beobachten. Im Gegenteil: Auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise im Jahr 2008 betrug die Verluste kapitalgedeckter Rentenversicherungen im Durch-

schnitt der OECD-Länder 23 Prozent. Versicherungen in Deutschland verzeichneten immerhin ein Minus von über 8 Prozent, trotz vergleichsweise strenger Regulierung. Zwar seien die Verluste in den Folgejahren teilweise wieder ausgeglichen worden, erkennen die Forscher an. Doch dürfte es allein die derzeitige Krise im Euroraum für kapitalgedeckte Rentenversicherungen in Europa weiter schwierig machen, ausreichende Renditen zu erzielen.

Auslandsanlagen keine Lösung. Unsicherheit und Renditeschwäche ließen sich auch durch Anlagen in Ländern mit „günstigerer“ demografischer Struktur nicht beheben, so die Forscher.

Rendite: Riester-Rente bleibt zurück

In verschiedenen Untersuchungen betragen die langfristig zu erwartenden Renditen ...

bei der	zum Rentenanstritt	Rendite Frauen	Rendite Männer	laut Studie von	
Gesetzlichen Rente	2005	4,75%	3,17%	Schröder (2011)	
	2004	4,60%	4,00%	Ohsmann/Stolz (2004)	
	2030	3,60%	3,00%		
	2040	3,60%	3,00%		
Riester-Rente klassisches Produkt 2001	2033	2,58 / 3,91%*	2,60 / 3,89%*	Kleinlein (2011)	
	klassisches Produkt 2011	2043	1,28 / 3,59%*		0,69 / 2,98%*
	neuartiges Produkt 2011	2043	0,75 / 2,98%*		0,13 / 2,35%*

* Rentenrendite auf Ansparsumme ohne/mit Überschüssen; Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

ten des privaten Konsums und der Binnennachfrage gingen, „reduzieren sie das Wirtschaftswachstum und damit auch ihre Einkommen“. Diesen Effekt hat das IMK bereits 2009 in einer Studie dargestellt. Er wirke sich auch negativ auf Unternehmen aus, die ihre Umsätze vor allem auf dem Inlandsmarkt erzielen, und relativiere für sie die Senkung der Lohnnebenkosten, die ebenfalls Ziel der Rentenreformen war. Profitiert hätten daher vor allem die Versicherungswirtschaft und die Exportwirtschaft. Letztere war aber zum Zeitpunkt der Reformen ohnehin international bereits hoch wettbewerbsfähig und könne Erhöhungen des Rentenbeitrags verkraften, betonen die Wissenschaftler.

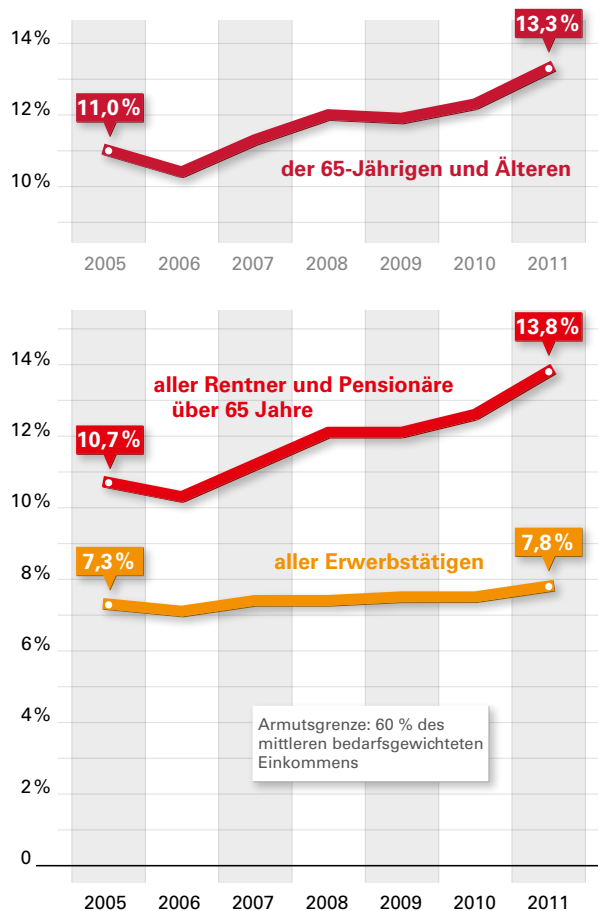
Renditen niedriger als in der Gesetzlichen Rentenversicherung. Anders als noch in den 1990er-Jahren oft behauptet, weisen kapitalgedeckte Vorsorgeformen nach der Analyse der Forscher keine überlegenen Renditen auf. Die systematischen Renditevergleiche, die Wissenschaftler bislang zwischen gesetzlicher Rente und kapitalgedeckten Zusatzversicherungen anstellten, prognostizierten langfristig ähnliche oder sogar etwas höhere Renditen für das gesetzliche System. Aktuell sei für alle Formen von kapitalgedeckten

Denn neben einer vergleichsweise jungen Bevölkerung und aktuell kräftigem Wachstum zählten auch die Nachhaltigkeit der Wirtschaftsentwicklung und politische Stabilität zu den unverzichtbaren Voraussetzungen. Vor allem aber müsse der Kapitalmarkt des Ziellandes so groß sein, dass massive ausländische Kapitalzuflüsse nicht zu wirtschaftlichen Verwerfungen führten, beispielsweise zu Blasen auf dem Aktien- oder Immobilienmarkt. Die Krisen in Mexiko, Argentinien und vor allem die Asienkrise von 1997 zeigten, dass nur wenige Länder diese Anforderungen erfüllen. Eine Studie aus dem Jahr 2011 kam am Beispiel von 18 Schwellenländern zu dem Ergebnis, dass die vermeintlich hohen Renditen von Anlagen in diesen Staaten lediglich das erhöhte Ausfallrisiko kompensieren. Zudem ergäben sich bei Anlagen in Auslandswährungen erhebliche Wechselkursrisiken, die die Renditen schnell aufzehren könnten. ◀

* Quelle: Heike Joeeges, Volker Meinhardt, Katja Rietzler, Rudolf Zwiener: Auf dem Weg in die Altersarmut – Bilanz der Einführung der kapitalgedeckten Riester-Rente, IMK Report Nr. 73, September 2012
Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Altersarmut bereits heute Realität

Von Armut gefährdet waren...



Quelle: Statistisches Bundesamt 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Die Ausbreitung der Altersarmut in Deutschland hat längst begonnen. Schon deshalb greift eine „Zuschussrente“ zu kurz, die lediglich armutsbedrohte zukünftige Rentner besser stellen soll. Zu diesem Schluss kommt Eric Seils.* Der Sozialversicherungsexperte im WSI hat dazu neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes ausgewertet. Zwar lag die Armutsquote bei Personen über 65 Jahren 2011 mit 13,3 Prozent etwas unter dem Durchschnitt aller Altersgruppen. Dieser betrug 15,1 Prozent. Seit 2005 hat die Armut unter Senioren aber deutlich stärker zugenommen als bei Jüngeren – ihre Armutsquote stieg um 2,3 Prozentpunkte. Die Zahl armer Älterer war 2011 damit um etwa eine halbe Million höher als sechs Jahre zuvor. Arm ist nach wissenschaftlicher Definition, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Im vergangenen Jahr waren das für Alleinstehende 848 Euro im Monat.

Sogar bei 13,8 Prozent lag 2011 die Armutsquote der Rentner und Pensionäre über 65 Jahre. Nicht erfasst sind damit Menschen unter 65, die vorzeitig in Ruhestand gegangen sind oder eine Erwerbsminderungsrente beziehen. Seit 2005 nahm die Armut unter Rentnern deutlich stärker zu als unter Erwerbstätigen, mittlerweile liegt die Quote um sechs Prozentpunkte höher. „Die Daten machen deutlich: Altersarmut droht nicht erst in der Zukunft. Sie wächst bereits seit Jahren“, sagt Seils. Die „Zuschussrente“ der Bundesarbeitsministerin berücksichtigt das nicht.

* Eric Seils forscht im WSI-Projekt Sozialversicherung: Wandel, Wirkung, Weiterentwicklung
Download unter www.boecklerimpuls.de

USA

Gewerkschaften stärken Gesetzestreue

Wenn der gewerkschaftliche Organisationsgrad sinkt, steigt die Kriminalitätsrate.

Das zeigt eine empirische Untersuchung aus den USA.

Mitgliederstarke Gewerkschaften tragen indirekt zur Vermeidung von Eigentumsdelikten bei. Zu diesem Ergebnis kommen die US-amerikanischen Ökonomen Robert Baumann und Bryan Engelhardt vom College of the Holy Cross in Worcester, Massachusetts.* Organisationsgrad und Verbrechensrate hängen ihrer Studie zufolge deshalb zusammen, weil Gewerkschaften die Einkommensverteilung beeinflussen: Je mehr Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert sind, desto höher ist ihre Verhandlungsmacht und damit auch das Lohnniveau. Insbesondere Geringverdiener profitierten davon, schreiben Baumann und Engelhardt. Die Löhne wiederum wirkten sich auf die sogenannten Opportunitätskosten von Kriminalität aus. Damit ist gemeint, dass Straftaten aus Sicht möglicher Delinquenten riskanter sind, wenn es gut bezahlte legale Jobs gibt. Denn wer gefasst und zu einer Haftstrafe verurteilt wird, muss auf Einkommen aus regulärer Erwerbsarbeit verzichten.

Verbrechen sollten daher mit steigenden Löhnen unattraktiver werden. Empirisch haben die Wirtschaftswissenschaft-

ler diese These für die USA überprüft. Grundlage ihrer Berechnungen ist ein Datensatz des FBI über Eigentumsdelikte in den amerikanischen Bundesstaaten zwischen 1993 und 2006. Das Resultat: Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an allen Beschäftigten wirkt sich tatsächlich auf die Kriminalitätsrate aus. Der Zusammenhang ist statistisch auch dann signifikant, wenn andere relevante Faktoren wie beispielsweise das Bildungsniveau der Bevölkerung kontrolliert werden. Sinke der gewerkschaftliche Organisationsgrad um einen Prozentpunkt, so Baumann und Engelhardt, steige die Zahl der Eigentumsdelikte um 80 bis 140 pro 100.000 Einwohner. Verglichen mit den US-amerikanischen Durchschnittswerten entspreche dies einer Zunahme um 2,3 bis 4 Prozent. Für sich genommen hätte demnach der Rückgang des Organisationsgrads um 3,7 Prozent seit 1993 die Kriminalitätsrate in den USA um bis zu 15 Prozent erhöht. ◀

* Quelle: Robert Baumann, Bryan Engelhardt: Crime and the Decline of Unions, in: Labour 2/2012
Download unter www.boecklerimpuls.de

Transparenz für fairen Konsum

Oft fehlen Verbrauchern Informationen, um eine sozial oder ökologisch bewusste Kaufentscheidung zu fällen. Neue Berichtspflichten für Unternehmen könnten helfen.

Globale Arbeitsteilung, verschlungene Lieferketten und Arbeitsmarkt-Deregulierung in vielen Industrieländern – ob ein Produkt unter akzeptablen Bedingungen für Mensch und Umwelt hergestellt wurde, ist oft kaum abzuschätzen. Dabei sind mündige Verbraucherinnen und Verbraucher in einer weltweit offenen Konsumgesellschaft wichtiger denn je, betont die Arbeitsrechts-Professorin Eva Kocher. Schließlich seien Gesetze zum Schutz von Beschäftigten nicht überall gleich streng, oder sie würden häufig aufgrund „struktureller Schwächen der Rechtsdurchsetzung“ nicht greifen. Verantwortungsvoller Konsum helfe damit nicht nur den direkt Betroffenen, denn: „Die Missachtung von Arbeits- und Beschäftigungsstandards birgt gesellschaftliche Risiken für Demokratie und sozialen Zusammenhalt.“

Daher liegt es für Kocher im gesellschaftlichen Interesse, wenn der Staat dafür sorgt, dass Konsumenten auch die notwendigen Informationen für verantwortungsvolle Kaufentscheidungen erhalten. Freiwillige Berichte, die Unternehmen im Rahmen von Corporate Social Responsibility zum Teil liefern, reichen dazu nach Analyse der Juristin von der Viadrina-Universität Frankfurt (Oder) nicht aus. Kocher plädiert für neuartige Berichts- und Informationspflichten, damit Unternehmen Arbeitsbedingungen transparent machen – und zwar möglichst über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg.

Anknüpfungspunkte im Wettbewerbsrecht. In einer Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Rechtswissenschaftlerin zusammen mit Forscherkolleginnen und -kollegen untersucht, wie Transparenzregeln aussehen könnten.* Anknüpfungspunkte macht sie sowohl im deutschen Gesellschafts- und Verbraucherschutzrecht aus als auch auf europäischer Ebene. Allerdings böten die derzeit existierenden Vorschriften noch keine echte Handhabe.

So erkennt das deutsche Gesetz gegen Unlauteren Wettbewerb zwar eine Irreführung des Verbrauchers, wenn „wesentliche Informationen“ zurückgehalten und dadurch dessen Entscheidungsfähigkeit beeinflusst wird. Doch nach herrschender Meinung würden die Arbeits- und Produktionsbedingungen nicht zu den wesentlichen Faktoren für eine Kaufentscheidung gezählt, konstatiert Kocher. Eine entsprechende Klarstellung im Gesetz sei nötig.

Die „Modernisierungsrichtlinie“ der EU und ihre deutsche Umsetzung weisen laut Kocher ebenfalls in die richtige Richtung, griffen aber zu kurz. Zwar fordert die EU-Vorschrift von Unternehmen, in ihren Lageberichten auch „nichtfinanzielle Indikatoren“ zu veröffentlichen, insbesondere zu Be-

schäftigtenbelangen. Die Regelung sei aber bislang so unklar formuliert, dass sie kaum beachtet werde. Die Rechtsprofessorin empfiehlt eine Konkretisierung und Ausweitung. Zudem sollten die Angaben zwingend unabhängig überprüft werden. Kocher denkt an private, behördlich zertifizierte Prüfer. Um die Bindungswirkung der Berichtsvorschriften zu erhöhen, plädiert die Expertin für ein Verbandsklagerecht, mit dem Verbraucherorganisationen und Gewerkschaften die Herausgabe von Informationen durchsetzen könnten.

Welche Indikatoren? Kocher und ihr Team machen keine abschließenden Vorschläge, welche Daten Unternehmen veröffentlichen sollten, um die Qualität der Beschäftigung zu dokumentieren. Sinnvolle Anknüpfungsmöglichkeiten sehen sie aber zum einen in den Anforderungen der Global Reporting

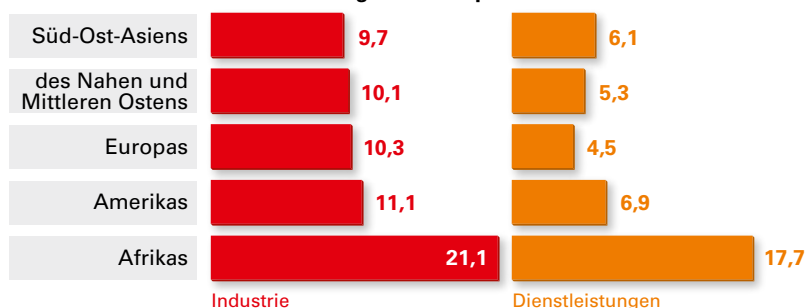
Riskante Arbeit im Süden

Durch Arbeitsunfälle starben nach Schätzung der ILO 2008 von 100.000 Beschäftigten in...

Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen ...



Ländern mit mittlerem oder niedrigem Pro-Kopf-Einkommen ...



Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Initiative, eines Netzwerks, in dem einzelne Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen und gewerkschaftliche Akteure Standards für Nachhaltigkeitsberichte entwickelt haben. Zum anderen könne auch ein Indikatorenrahmen Anregungen geben, wie ihn die Konferenz Europäischer Statistiker 2007 in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation ILO vorgelegt hat. Nimmt man beide Ansätze zusammen, ergibt sich ein umfangreicher Pool von Indikatoren. Er reicht von der Zahl der Arbeitsunfälle und der Frage, ob Kinderarbeit wirksam ausgeschlossen wird, über Stundenlöhne und den Anteil der atypisch Beschäftigten bis zu Informationen über betriebliche Sozialleistungen und Weiterbildung. ◀

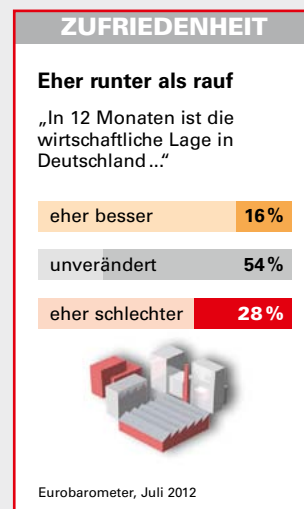
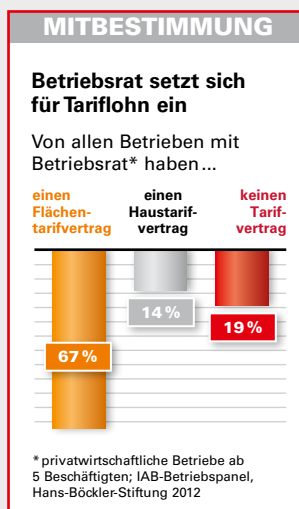
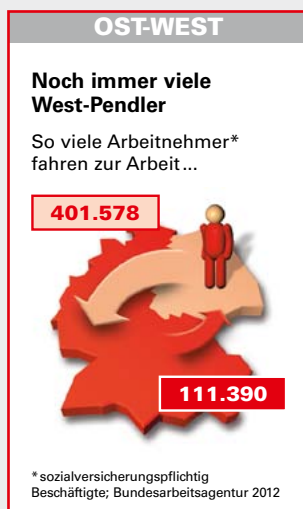
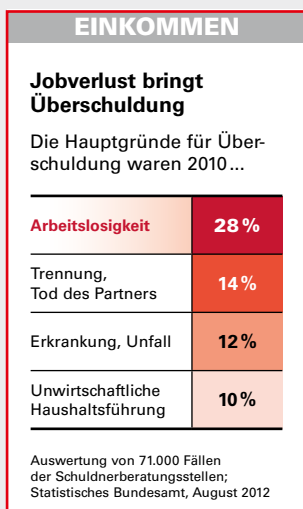
* Quelle: E. Kocher, A. Klose, K. Kühn, J. Wenckebach: Verantwortung braucht Transparenz. Die rechtliche Verankerung unternehmerischer Pflichten zur Offenlegung von Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, Mai 2012
Download und Quelldetails: www.boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft, Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter www.boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **ARBEITSMARKT:** Weiterbildung verbessert die Arbeitsmarktchancen alleinerziehender Hartz-IV-Empfängerinnen erheblich. Die Wahrscheinlichkeit, eine Beschäftigung zu finden, steigt nach einer Weiterbildung um bis zu 19 Prozentpunkte, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ermittelte. Am stärksten ausgeprägt sei der positive Effekt bei Allein-

erziehenden, deren Kinder bereits älter als zehn Jahre sind. Aber auch für Arbeitslose mit kleinen Kindern verbessere sich die Beschäftigungschance nach einer Weiterbildung um bis zu zehn Prozentpunkte. IAB, September 2012

► **BILDUNG:** Etwa jeder fünfte Jugendliche in Europa kann nur schlecht oder überhaupt nicht lesen. Das geht aus ei-

nem Bericht der EU-Kommission hervor. Besonders schwach schneiden die Jungen ab, von denen mehr als jeder vierte lese-schwach ist. Bei den Mädchen liege der Anteil nur bei 13,3 Prozent. EU-Kommission, September 2012

► **EINKOMMEN:** Trotz trüber Aussichten für die Konjunktur dürften die Einkommen im laufenden Jahr deutlich zule-

gen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) steigen die verfügbaren Haushaltseinkommen um 3,2 Prozent. Das liegt nicht nur am prognostizierten Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme um 3,8 Prozent, sondern auch an steigenden Sozialleistungen wie der jüngsten Rentenerhöhung. DIW Berlin, Juli 2012

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 4. Oktober

bestellen unter www.boecklerimpuls.de